

# Wahrnehmungen der EU- Bürger zur Wettbewerbspolitik

## Zusammenfassung

Feldstudie: November 2009

Diese Umfrage wurde von der Generaldirektion Wettbewerb in Auftrag gegeben und von der Generaldirektion Kommunikation koordiniert.

Dieses Dokument gibt nicht die Meinung der Europäischen Kommission wider. Die darin enthaltenen Interpretationen und Ansichten sind ausschließlich die der Autoren.

Flash EB Serie Nr. 264

## Wahrnehmungen der EU-Bürger zur Wettbewerbspolitik

Eine Umfrage, durchgeführt von The Gallup  
Organization, Ungarn, im Auftrag  
der Generaldirektion Wettbewerb



Koordiniert von der Generaldirektion  
Kommunikation

Dieses Dokument gibt nicht die Meinung der  
Europäischen Kommission wider.  
Die darin enthaltenen Interpretationen und  
Ansichten sind ausschließlich die der Autoren.

**THE GALLUP ORGANIZATION**

## Inhalt

<b>Einleitung .....</b>	<b>4</b>
<b>Wichtigste Ergebnisse .....</b>	<b>5</b>
<b>1. Wahrnehmungen zur Wettbewerbspolitik.....</b>	<b>7</b>
<b>2. Informationen zur Wettbewerbspolitik.....</b>	<b>11</b>
2.1 Haben die EU-Bürger in letzter Zeit von Wettbewerbspolitik gehört? .....	11
2.2 Bedarf an mehr Informationen zur Wettbewerbspolitik.....	11
<b>3. Wahrnehmungen zum Wettbewerbsmangel in verschiedenen Branchen.....</b>	<b>13</b>
3.1 Branchen mit Wettbewerbsmangel.....	13
3.2 Hauptprobleme in Sektoren mit Wettbewerbsmangel.....	15

## Einleitung

Das aktuelle Flash Eurobarometer *Wahrnehmungen der EU-Bürger zur Wettbewerbspolitik* (Nr. 264) wurde von der GD Wettbewerb der Europäischen Kommission in Auftrag gegeben. Ziel war es, die Wahrnehmungen der EU-Bürger zur Wettbewerbspolitik der EU sowie ihre Ansichten über einen möglichen Mangel an Wettbewerb in bestimmten wichtigen Sektoren zu messen.

Im Detail hat die Umfrage folgende Aspekte untersucht:

- Wahrnehmungen der EU-Bürger zu den Vorteilen von Wettbewerb zwischen Unternehmen,
- ihre Standpunkte zu verschiedenen Aspekten der Wettbewerbspolitik,
- ihr Bewusstsein in Hinblick auf wettbewerbsbezogene Themen und ihr wahrgenommener Bedarf an Informationen,
- ihre Ansichten in Bezug auf den Mangel an Wettbewerb in bestimmten Branchen (z. B. Energie und Verkehrsdienstleistungen) und
- ihre Meinungen über die Hauptprobleme in Branchen, die ihrer Ansicht nach einen Mangel an Wettbewerb aufweisen.

Die Feldstudie zur Umfrage fand vom 16. bis 20. November 2009 statt. Dabei wurden in den 27 EU-Mitgliedstaaten über 25.000 zufällig ausgewählte Bürger ab 15 Jahre befragt. Die Befragungen wurden vordergründig über Festnetztelefon durchgeführt, wobei in jedem Land ca. 1.000 EU-Bürger erreicht werden konnten (in Zypern, Luxemburg und Malta waren 500 Teilnehmer angestrebt). Um Stichprobenunterschiede zu korrigieren, wurde nach der Stratifikation auf Basis wichtiger soziodemografischer Variablen eine Gewichtung der Ergebnisse vorgenommen.

Bitte beachten Sie, dass durch Auf- und Abrundung die in den Diagrammen und Tabellen aufgeführten Prozentangaben zum Teil nicht immer die Gesamtsumme ergeben, die a) im Text und b) in den Tabellen genannt wird.

## Wichtigste Ergebnisse

### *Wahrnehmungen zur Wettbewerbspolitik*

- In allen Mitgliedstaaten waren die Bürger der Ansicht, dass Wettbewerb zwischen Unternehmen bessere Preise und/oder eine größere Auswahl für den Verbraucher ermöglichen kann: Das Maß an Zustimmung in Bezug auf die Möglichkeit für „bessere Preise“ lag zwischen 62 % in Ungarn und 92 % in Irland und Zypern, für „größere Auswahl“ zwischen 65 % in Belgien und 92 % in Irland und Zypern.
- Der mit Abstand größte Teil der Befragten in fast allen Mitgliedstaaten vertrat außerdem die Meinung, dass die Wettbewerbspolitik Preisabsprachen zwischen Unternehmen verbieten sollte. Nur in fünf Ländern war mehr als ein Viertel der Umfrageteilnehmer der Ansicht, dass Preisabsprachen nicht verboten werden sollten: Malta (36 %), Spanien (29 %), Irland (27 %), Luxemburg und Griechenland (beide 26 %).
- Zum Thema Wettbewerbspolitik gingen die Wahrnehmungen der EU-Bürger in den einzelnen Mitgliedstaaten deutlich auseinander. In Belgien beispielsweise blieb das Gesamtmaß an Zustimmung für jede der Aussagen unter 70 %, wohingegen in Griechenland und Zypern mindestens 90 % der Befragten in allen Fällen den Aussagen mit der höchsten Bewertung zustimmten.
- Für fast alle Aussagen war in Belgien der Anteil von Befragten am höchsten, die mit „Weiß nicht“ antworteten bzw. sich selbst als nicht qualifiziert einschätzten, um die entsprechenden Fragen zu beantworten. Der Anteil von Befragten, die keine Antwort abgaben, war jedoch auch in Bulgarien, Litauen und Rumänien hoch.
- Männer, Teilnehmer zwischen 25 und 54 Jahren und Befragte mit einem höheren Bildungsstand stimmten am ehesten zu, dass Wettbewerb zwischen Unternehmen Vorteile erbringt. Frauen, Teilnehmer über 54 Jahre und die Befragten mit dem niedrigsten Bildungsstand oder ohne Beschäftigung hingegen antworteten durchgängig eher mit „Weiß nicht“ bzw. „Ich bin nicht qualifiziert, diese Frage zu beantworten“.

### *Informationen zur Wettbewerbspolitik*

- Im Großteil der EU-Mitgliedstaaten antwortete mindestens die Hälfte der Umfrageteilnehmer, dass sie im letzten Jahr in den Medien von Wettbewerb zwischen Unternehmen gehört bzw. gelesen hat – Deutschland und Finnland standen dabei ganz vorn: In diesen Ländern haben 80 % bis 81 % der Befragten von dieser Thematik gehört bzw. gelesen.
- Etwas mehr als 4 von 10 EU-Bürgern gab an, dass die „Kontrolle von Finanzhilfen durch Regierungen an Unternehmen“ ein Bereich der Wettbewerbspolitik ist, über den sie gern besser informiert werden möchten. In den meisten Mitgliedstaaten wurden alle anderen in der Umfrage aufgeführten Bereiche von kleineren Anteilen ausgewählt.
- Der Anteil von Befragten, die antworteten, dass sie bereits ausreichend über jeden Bereich der Wettbewerbspolitik informiert seien, blieb in fast allen Mitgliedstaaten unter 5 %.
- Die bulgarischen, slowakischen, polnischen und estländischen Bürger gaben am häufigsten an, dass sie kein Interesse daran hätten, besser über Wettbewerbspolitik informiert zu werden (25 % bis 27 %). In Irland, Großbritannien und Malta hingegen gab weniger als 1 von 20 Befragten eine ähnliche Antwort (1 % bis 4 %).
- Teilnehmer zwischen 40 und 54 Jahren, die Befragten mit dem höchsten Bildungsstand, Angestellte und Selbständige antworteten eher als ihre Pendanten, dass sie sich mehr Informationen über jeden in der Umfrage aufgeführten Bereiche der Wettbewerbspolitik wünschen.
- Die Teilnehmer mit dem höchsten Bildungsstand, Angestellte und Selbständige gaben am häufigsten an, dass sie im letzten Jahr von Wettbewerbsthemen in den Medien gehört bzw. gelesen haben (zwischen 66 % und 70 %).

**Branchen mit Wettbewerbsmangel**

- Auf die Frage, in welchen Branchen durch mangelnden Wettbewerb (in Hinblick auf Preise und Produktauswahl) die meisten Probleme für den Verbraucher entstehen, wählten 44 % den Energiesektor (Gas und Strom). Alle anderen Branchen wurden nur von halb so vielen (oder weniger) Umfrageteilnehmern ausgewählt.
- *In 25 der 27 Mitgliedstaaten wählte der Großteil der Befragten den Energiesektor zu der Branche, in der aufgrund des mangelnden Wettbewerbs die meisten Probleme für den Verbraucher verursacht werden.* Dennoch war ein großer Unterschied in Bezug auf den Anteil der Befragten zu erkennen, die diese Branche ausgewählt haben: In Lettland und Malta gab mehr als zwei Drittel der Teilnehmer den Energiesektor an, in Italien war es gerade einmal ein Fünftel.
- 25 % der Befragten waren der Meinung, dass der Sektor „Pharmazeutische Produkte“ an Wettbewerbsmangel leidet, 21 % wählten „Telekommunikation und Internet“, 19 % „Verkehrsdienstleistungen“, 18 % „Finanzdienstleistungen“ und 16 % den „Lebensmittelvertrieb“ aus.
- „Telekommunikation und Internet“ wurde am häufigsten von jungen Befragten als der Sektor genannt, in dem mangelnder Wettbewerb Probleme für den Verbraucher verursacht: 26 % der 15- bis 24-jährigen entschieden sich für diese Branche, doch dieser Anteil fiel für die über 54-jährigen auf 17 % ab.
- Laut den EU-Bürgern besteht das Hauptproblem branchen- und länderübergreifend darin, dass die Preise zu hoch sind: Zwischen 74 % und 80 % der Befragten waren dieser Meinung. Etwa die Hälfte aller Teilnehmer (oder weniger) nannte eines der anderen Probleme (z. B. Schwierigkeiten beim Anbieterwechsel, unzufriedenstellende Qualität).
- Die Teilnehmer mit dem niedrigsten Bildungsstand gaben jedes Mal eher als ihre Pendanten mit höherem Bildungsstand an, dass (zu) hohe Preise das Hauptproblem seien. Letztgenannte entschieden sich eher für eine andere Art von Problem.

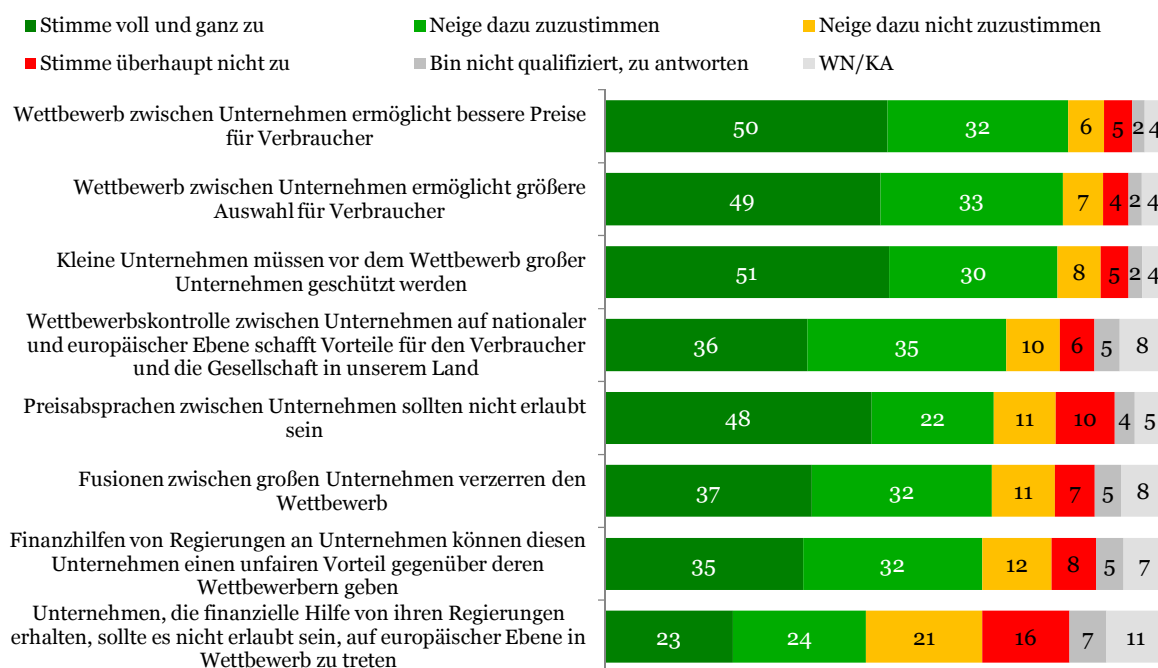
## 1. Wahrnehmungen zur Wettbewerbspolitik

Mehr als 8 von 10 (82 %) der Befragten stimmten zu, dass Wettbewerb zwischen Unternehmen zu **besseren Preisen für den Verbraucher** führt. Derselbe Anteil (82 %) war der Meinung, dass ein solcher Wettbewerb eine **größere Auswahl für den Verbraucher** ermöglicht.

Etwa 8 von 10 (81 %) der EU-Bürger stimmte zu, dass **kleine Unternehmen** vor dem Wettbewerb großer Unternehmen **geschützt werden müssen**. Außerdem waren 7 von 10 Teilnehmern der Ansicht, dass Unternehmen **untereinander keine Preisabsprechen** treffen dürfen sollten.

Etwa zwei Drittel (67 %) der Befragten stimmte zu, dass Unternehmen, die **Finanzhilfen durch Regierungen** erhalten, unter Umständen einen **unfairen Vorteil** gegenüber ihren Mitbewerbern erzielen.

### Einstellung zu Wettbewerb zwischen Unternehmen und Wettbewerbspolitik



Q1. Für jede der folgenden Aussagen, sagen Sie mir bitte, ob Sie voll und ganz zustimmen, dazu neigen zuzustimmen, dazu neigen nicht zuzustimmen oder überhaupt nicht zustimmen:  
Basis: alle Befragten, % EU 27

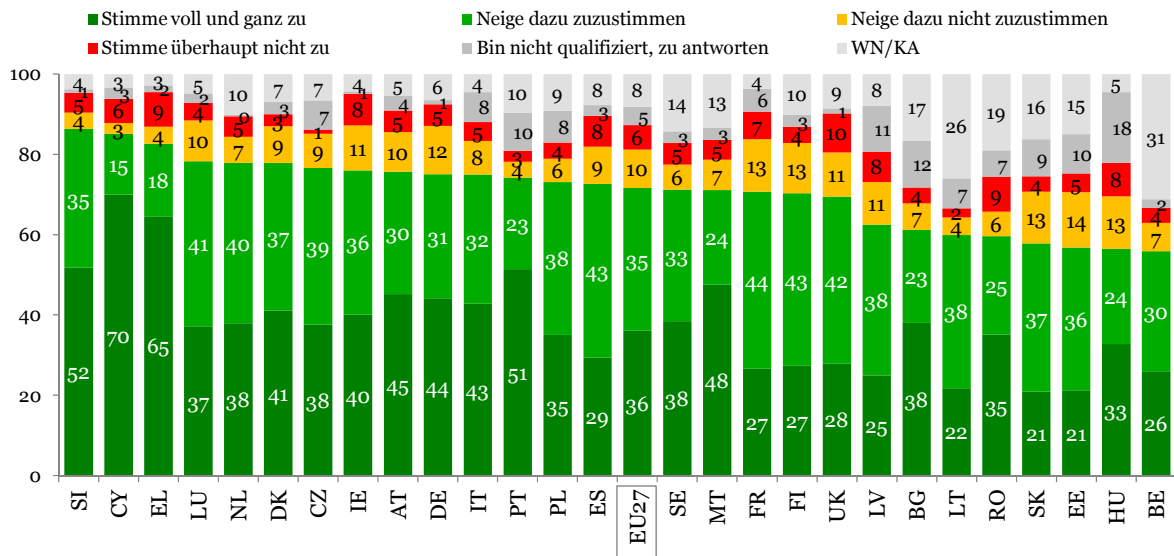
In allen Mitgliedstaaten waren die Bürger der Ansicht, dass Wettbewerb zwischen Unternehmen bessere Preise und/oder eine größere Auswahl für den Verbraucher ermöglichen kann: Das Maß an Zustimmung (d. h. die Summe der Antworten „Stimme voll und ganz zu“ und „Neige dazu zuzustimmen“) in Bezug auf die Möglichkeit für „bessere Preise“ lag zwischen 62 % in Ungarn und 92 % in Irland und Zypern, für „größere Auswahl“ zwischen 65 % in Belgien und 92 % in Irland und Zypern.

In Slowenien, Zypern und Griechenland stimmten mehr als 8 von 10 Befragten zu, dass der Schutz des Wettbewerbs zwischen Unternehmen auf nationaler und europäischer Ebene Vorteile für den Verbraucher und die Gesellschaft erbringt (zwischen 83 % und 87 %). Das Gesamtmaß an Zustimmung fiel jedoch in Belgien, Ungarn, Estland und in der Slowakei auf weniger als 60 % ab (zwischen 56 % und 58 %).

Obwohl in Hinblick auf das Gesamtmaß an Zustimmung zu den oben aufgeführten Aussagen nur begrenzt Abweichungen erkennbar waren, zeigte sich ein großer Unterschied im Anteil der Befragten, die starke Zustimmung ausdrückten. Der Anteil der Teilnehmer beispielsweise, die „voll und ganz zustimmen“, dass Wettbewerbskontrolle auf nationaler und europäischer Ebene Vorteile für den

Verbraucher und die Gesellschaft erbringt, lag zwischen 21 % in der Slowakei und Estland und 70 % in Zypern.

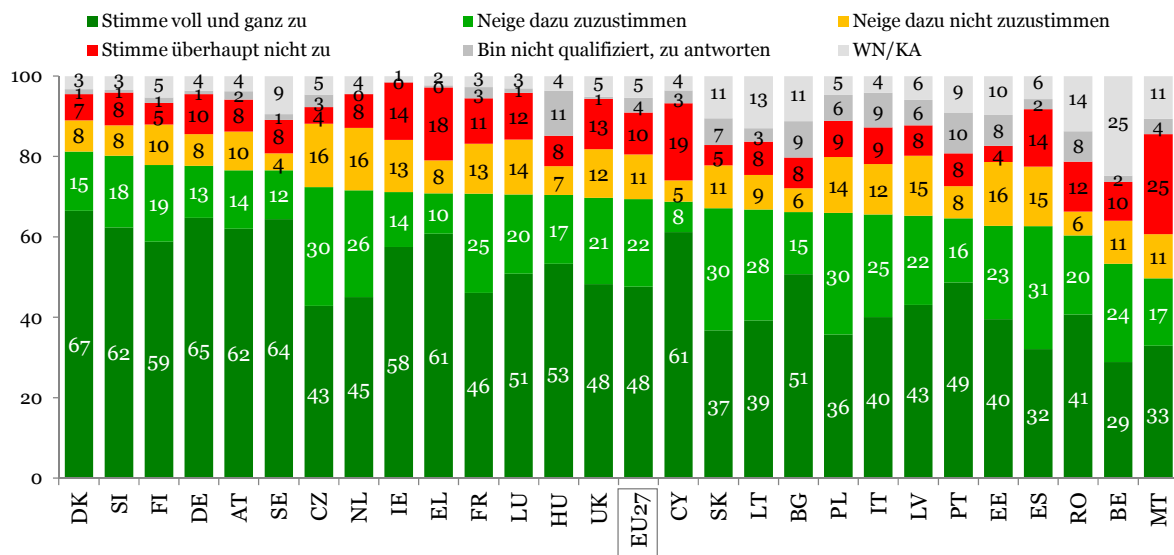
### Wettbewerbskontrolle zwischen Unternehmen auf nationaler und europäischer Ebene schafft Vorteile für den Verbraucher und die Gesellschaft in unserem Land



Q1. Für jede der folgenden Aussagen, sagen Sie mir bitte, ob Sie voll und ganz zustimmen, dazu neigen zuzustimmen, dazu neigen nicht zuzustimmen oder überhaupt nicht zustimmen: Basis: alle Befragten, % pro Land

Der mit Abstand größte Teil der Befragten in fast allen Mitgliedstaaten stimmte außerdem zu, dass die Wettbewerbspolitik kleine Unternehmen schützen und Preisabsprachen zwischen Unternehmen verbieten sollte. Nur in fünf Ländern war mehr als ein Viertel der Umfrageteilnehmer der Ansicht, dass Preisabsprachen nicht verboten werden sollten: Malta (36 %), Spanien (29 %), Irland (27 %), Luxemburg und Griechenland (beide 26 %).

### Preisabsprachen zwischen Unternehmen sollten nicht erlaubt sein



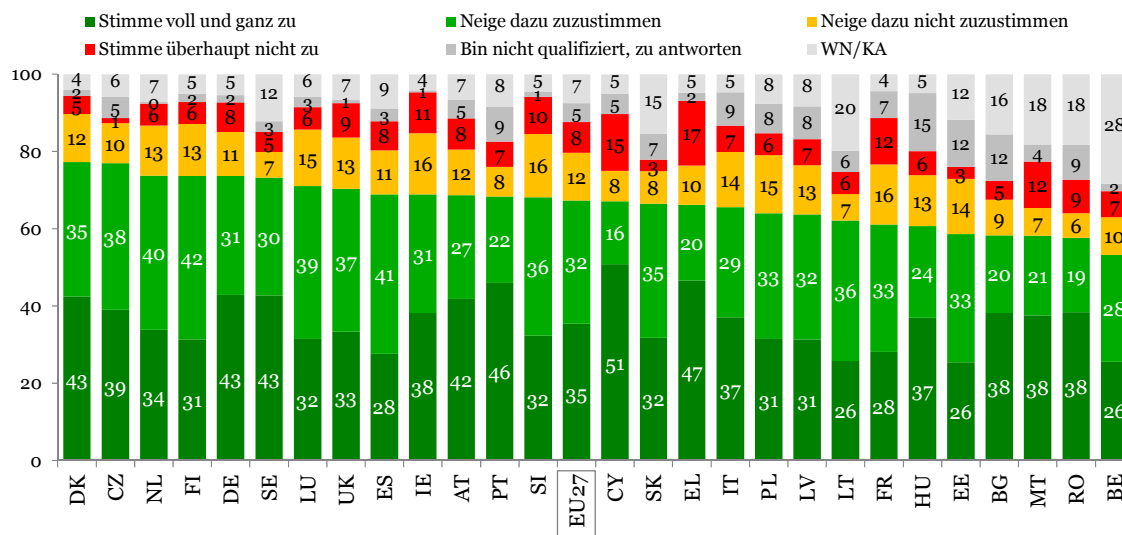
Q1. Für jede der folgenden Aussagen, sagen Sie mir bitte, ob Sie voll und ganz zustimmen, dazu neigen zuzustimmen, dazu neigen nicht zuzustimmen oder überhaupt nicht zustimmen: Basis: alle Befragten, % pro Land

Das Gesamtmaß an Zustimmung zur Aussage, dass Fusionen zwischen großen Unternehmen den Wettbewerb verzerren, lag zwischen etwa der Hälfte aller Befragten in Rumänien (49 %) und mehr als drei Viertel in Österreich, Schweden und Slowenien (zwischen 76 % und 80 %).



Ähnlich war mindestens die Hälfte der Umfrageteilnehmer in allen Mitgliedstaaten der Ansicht, dass Unternehmen, die Finanzhilfen von Regierungen erhalten, unter Umständen einen unfairen Vorteil gegenüber ihren Mitbewerbern erzielen. Die Befragten in Slowenien, Irland, Griechenland und Frankreich zweifelten am ehesten daran, dass staatliche Hilfen Unternehmen einen unfairen Vorteil gegenüber ihren Mitbewerbern verschaffen: Mehr als ein Viertel der Teilnehmer stimmte dieser Aussage nicht zu (26 % bis 28 %).

### Finanzhilfen von Regierungen an Unternehmen können diesen Unternehmen einen unfairen Vorteil gegenüber deren Wettbewerbern geben



Q1. Für jede der folgenden Aussagen, sagen Sie mir bitte, ob Sie voll und ganz zustimmen, dazu neigen zuzustimmen, dazu neigen nicht zuzustimmen oder überhaupt nicht zustimmen:  
Basis: alle Befragten, % pro Land

Für fast alle Aussagen war der Anteil von Befragten, die mit „Weiß nicht“ bzw. „Bin nicht qualifiziert“ antworteten, in Belgien am höchsten, gefolgt von Bulgarien, Litauen und Rumänien. So haben beispielsweise 30 % der Belgier, 28 % der Bulgaren, 27 % der Rumänen und 26 % der Litauer auf die oben aufgeführte Aussage nicht geantwortet.

### Soziodemografische Faktoren

Männer, Teilnehmer zwischen 25 und 54 Jahren und Befragte mit einem höheren Bildungsstand stimmten am ehesten zu, dass Wettbewerb zwischen Unternehmen Vorteile erbringt. Dennoch waren die Unterschiede zwischen soziodemografischen Gruppen kleiner als diejenigen, die beim Vergleich der Meinungen zwischen den Mitgliedstaaten erkennbar waren. Drei Viertel der 25- bis 54-jährigen haben beispielsweise im Gegensatz zu 67 % der über 54-jährigen und 70 % der 15- bis 24-jährigen der letztgenannten Aussage zugestimmt. Mit anderen Worten: In allen Altersgruppen haben ca. 7 von 10 Befragten dieselbe Meinung.

Die oben genannten Befragten vertraten außerdem eher die Meinung, dass Fusionen zwischen großen Konzernen den Wettbewerb verzerren, dass Preisabsprachen zwischen Unternehmen verboten werden sollten und dass Unternehmen, die staatliche Finanzhilfen erhalten, unter Umständen einen unfairen Vorteil gegenüber ihren Mitbewerbern erzielen.

Teilnehmer über 54 Jahre und die Befragten mit dem niedrigsten Bildungsstand oder ohne Beschäftigung hingegen antworteten durchgängig eher mit „Weiß nicht“ bzw. „Ich bin nicht qualifiziert, diese Frage zu beantworten“. 22 % der Teilnehmer ohne Beschäftigung haben beispielsweise im Gegensatz zu den 12 % bis 13 % der arbeitenden Befragten nicht angegeben, ob sie der Aussage zustimmen oder nicht zustimmen, dass Unternehmen, die staatliche Hilfen erhalten, auf europäischer Ebene nicht in Wettbewerb treten dürfen sollten.

## Wahrnehmungen zum Wettbewerb zwischen Unternehmen und zur Wettbewerbspolitik

(% „Stimme voll und ganz zu“ und „Neige dazu zuzustimmen“)

	Wettbewerb zwischen Unternehmen ermöglicht bessere Preise für den Verbraucher	Wettbewerb zwischen Unternehmen ermöglicht eine größere Auswahl für den Verbraucher	Kleine Unternehmen müssen vor dem Wettbewerb der großen Konzerne geschützt werden	Wettbewerbskontrolle zwischen Unternehmen auf nationaler und europäischer Ebene schafft Vorteile für den Verbraucher und die Gesellschaft	Preisabsprachen zwischen Unternehmen sollten nicht erlaubt sein	Fusionen zwischen großen Unternehmen verzerren den Wettbewerb	Finanzhilfen von Regierungen an Unternehmen können diesen Unternehmen einen unfairen Vorteil gegenüber deren Wettbewerbern geben	Unternehmen, die finanzielle Hilfe von ihren Regierungen erhalten, sollte es nicht erlaubt sein, auf europäischer Ebene in Wettbewerb zu treten
EU-27	83	82	81	72	69	69	67	47
<b>GESCHLECHT</b>								
Männlich	85	84	79	75	75	73	72	49
Weiblich	81	80	82	69	64	66	63	44
<b>ALTER</b>								
15 - 24	84	81	77	70	60	65	63	40
25 - 39	87	85	83	75	72	71	69	47
40 - 54	84	84	82	76	74	74	72	49
Über 55	79	78	81	67	69	66	65	48
<b>AUSBILDUNG (Ende der)</b>								
Bis 15 Jahre	76	76	81	64	61	61	59	46
16 - 20	83	83	84	73	71	70	68	50
Über 20	86	85	78	76	77	75	73	45
Noch in der Ausbildung	84	80	76	70	60	64	64	38
<b>URBANISATION</b>								
Großstädtisch	84	84	80	74	73	72	67	47
Kleinstädtisch	83	82	81	72	69	69	68	48
Ländlich	83	81	81	71	69	69	67	45
<b>BERUF</b>								
Selbständig	86	84	81	74	71	74	74	47
Angestellter	86	86	81	77	75	75	71	46
Arbeiter	84	83	82	73	72	71	68	54
Ohne Beschäftigung	80	78	80	68	65	65	64	46

**Q1. Für jede der folgenden Aussagen, sagen Sie mir bitte, ob Sie voll und ganz zustimmen, dazu neigen zuzustimmen, dazu neigen nicht zuzustimmen oder überhaupt nicht zustimmen:**

Grundlage: Alle Befragten, % „Stimme voll und ganz zu“ und „Neige dazu zuzustimmen“, nach soziodemografischen Aspekten

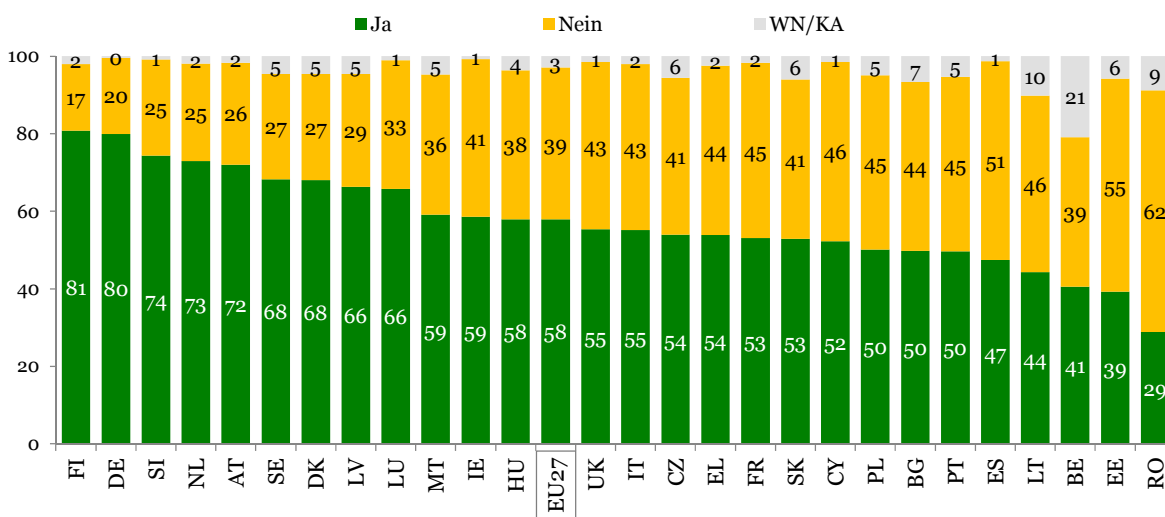
## 2. Informationen zur Wettbewerbspolitik

### 2.1 Haben die EU-Bürger in letzter Zeit von Wettbewerbspolitik gehört?

Im Großteil der EU-Mitgliedstaaten (22 von 27) antwortete mindestens die Hälfte der Befragten, dass sie im letzten Jahr in den Medien von Wettbewerb zwischen Unternehmen gehört bzw. gelesen haben – Deutschland und Finnland standen dabei ganz vorn: In diesen Ländern haben 80 % bis 81 % der Befragten von dieser Thematik gehört bzw. gelesen.

Die Teilnehmer mit dem höchsten Bildungsstand, Angestellte und Selbständige gaben am häufigsten an, dass sie im letzten Jahr von wettbewerbsbezogenen Thematiken in den Medien gehört bzw. gelesen haben (66 % und 70 % – im Vergleich zu 44 % der Befragten mit dem niedrigsten Bildungsstand und 50 % der Arbeiter).

#### In den Medien über Wettbewerb gehört oder gelesen?



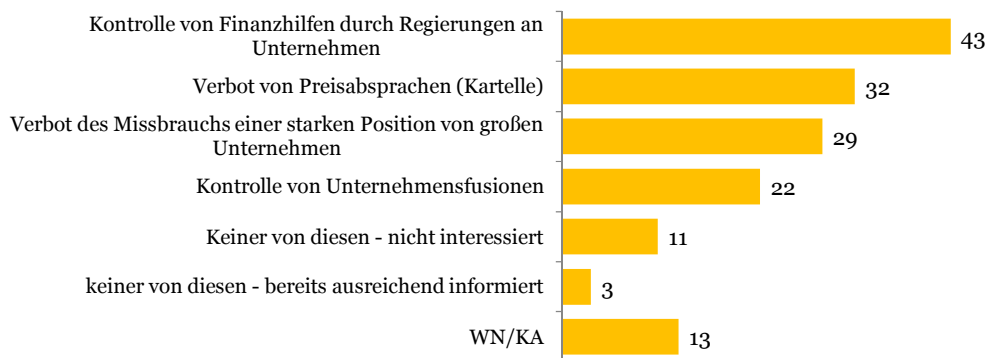
Q2. Bezüglich der Themen, die wir gerade besprochen haben, haben Sie im letzten Jahr in den Medien (TV, Radio, Internet, Presse etc.) über Wettbewerb gehört oder gelesen?

Basis: alle Befragten, % pro Land

### 2.2 Bedarf an mehr Informationen zur Wettbewerbspolitik

Etwas mehr als 4 von 10 EU-Bürgern (43 %) gaben an, dass die **Kontrolle von Finanzhilfen durch Regierungen** ein Bereich der Wettbewerbspolitik ist, über den sie gern besser informiert werden möchten. Eine erhebliche Anzahl von Befragten drückte außerdem ihren Wunsch nach Informationen über das **Verbot von Absprachen zwischen Kartellmitgliedern** in Bezug auf das Festsetzen von Preisen (32 %) bzw. darüber aus, wie **große Unternehmen ihre starke Position missbrauchen** (29 %). Zu guter Letzt möchten 22 % der Umfrageteilnehmer mehr darüber erfahren, wie **Unternehmensfusionen** im Rahmen der Wettbewerbspolitik kontrolliert werden.

### Bereiche der Wettbewerbspolitik, in denen weiterer Informationsbedarf herrscht

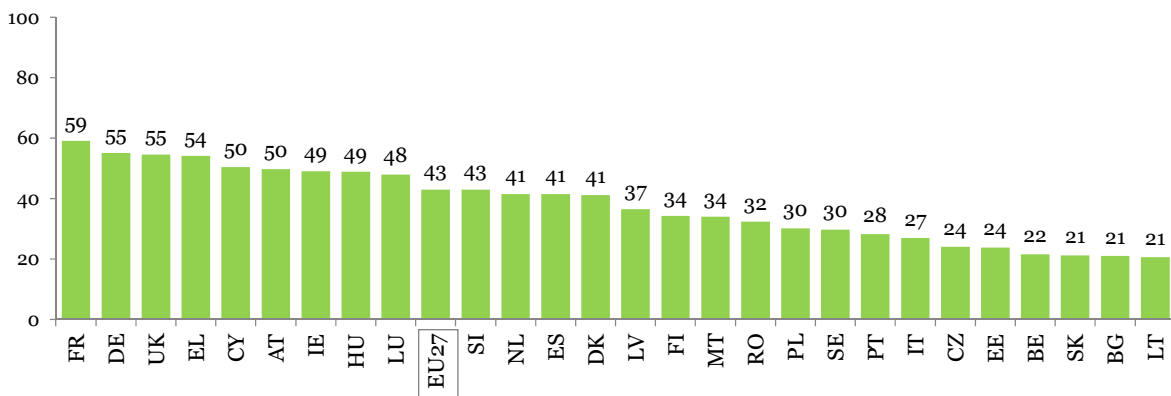


Q6. In welchem Bereich der Wettbewerbspolitik haben Sie das Bedürfnis besser informiert zu werden?

Basis: alle Befragten, % EU27

Der Anteil von Befragten, die mehr über die **Kontrolle von Finanzhilfen durch Regierungen an Unternehmen** erfahren möchten, lag zwischen einem Fünftel in Litauen, Bulgarien, der Slowakei und Belgien (21 % bis 22 %) und der Mehrheit in Griechenland, Großbritannien, Deutschland und Frankreich (54 % bis 59 %). In den meisten Mitgliedstaaten wurden im Vergleich zu „Kontrolle staatlicher Hilfen“ alle anderen aufgeführten Bereiche von kleineren Anteilen ausgewählt.

### Informationsbedarf bezüglich der Kontrolle von Finanzhilfen durch Regierungen an Unternehmen



Q6. In welchem Bereich der Wettbewerbspolitik haben Sie das Bedürfnis besser informiert zu werden?

Basis: alle Befragten, % pro Land

Der Anteil von Befragten, die das Gefühl hatten, dass sie bereits ausreichend über jeden Bereich der Wettbewerbspolitik informiert sind, blieb in fast allen Mitgliedstaaten unter 5 %. Die Bulgaren, Slowaken, Polen und Estländer antworteten am häufigsten, dass sie kein Interesse daran haben, besser über die Wettbewerbspolitik informiert zu werden (25 % bis 27 %).

Teilnehmer zwischen 40 und 54 Jahren, die Befragten mit dem höchsten Bildungsstand, Angestellte und Selbständige antworteten eher als ihre Pendants, dass sie sich mehr Informationen über jeden in der Umfrage aufgeführten Bereiche der Wettbewerbspolitik wünschen. Beinahe die Hälfte der Umfrageteilnehmer mit dem höchsten Ausbildungsniveau hatte beispielsweise im Vergleich zu einem Drittel der Befragten mit dem geringsten Ausbildungsniveau den Wunsch nach mehr Informationen darüber, wie im Rahmen der Wettbewerbspolitik Finanzhilfen von Regierungen an Unternehmen kontrolliert werden.

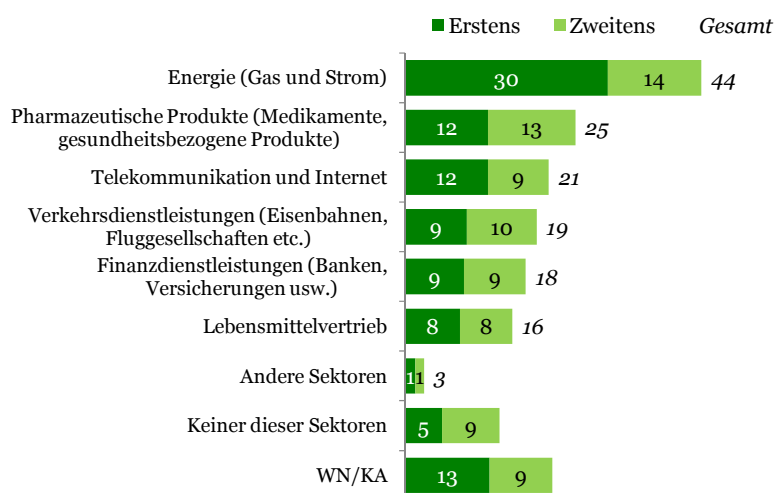
### 3. Wahrnehmungen zum Wettbewerbsmangel in verschiedenen Branchen

#### 3.1 Branchen mit Wettbewerbsmangel

Auf die Frage, in welchen Branchen durch mangelnden Wettbewerb (in Hinblick auf Preise und Produktauswahl) die meisten Probleme für den Verbraucher entstehen, wählten 44 % den Energiesektor (Gas und Strom). In der Hälfte der Mitgliedstaaten nannte ein Großteil der Befragten diesen Sektor (51 % bis 69 %).

25 % der Befragten waren der Meinung, dass der Sektor „Pharmazeutische Produkte“ an Wettbewerbsmangel leidet, 21 % gaben „Telekommunikation und Internet“, 19 % „Verkehrsdienstleistungen“, 18 % „Finanzdienstleistungen“ und 16 % den „Lebensmittelvertrieb“ an.

#### Sektoren, in denen fehlender Wettbewerb am häufigsten Probleme für die Konsumenten verursacht



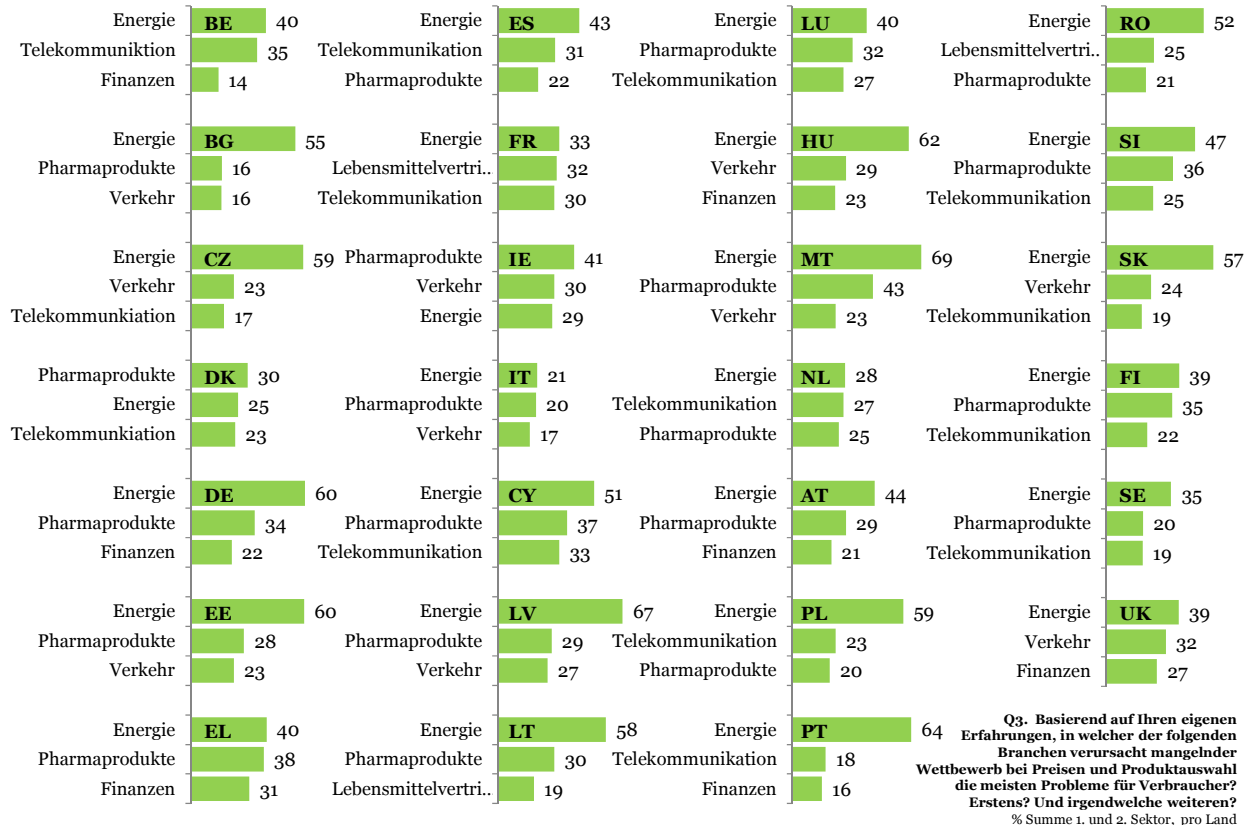
Q3. Basierend auf Ihren eigenen Erfahrungen, in welcher der folgenden Branchen verursacht mangelnder Wettbewerb bei Preisen und Produktauswahl die meisten Probleme für Verbraucher? Erstens? Und irgendwelche weiteren?  
Basis: alle Befragten, % EU27

In allen Mitgliedstaaten (außer Irland und Dänemark) wählte der Großteil der Befragten den **Energiesektor** zu der Branche, in der aufgrund des Wettbewerbsmangels die meisten Probleme für den Verbraucher geschaffen werden. Dennoch war ein großer Unterschied in Bezug auf den Anteil der Befragten zu erkennen, die diese Antwort ausgewählt haben. In Lettland und Malta gaben mehr als zwei Drittel der Befragten diesen Sektor an (67 % bis 69 %), in Italien war es hingegen nicht mehr als ein Fünftel (21 %).

In Irland und Dänemark wählte der größte Anteil von Befragten den **Sektor „Pharmazeutische Produkte“** als die Branche aus, in der der Wettbewerbsmangel Probleme in Hinblick auf die Preisgestaltung und die Produktauswahl für Verbraucher verursacht (41 bzw. 30 %). Der Sektor „Pharmazeutische Produkte“ tauchte außerdem auf den oberen drei Plätzen in 19 weiteren Mitgliedstaaten auf.

„**Telekommunikation und Internet**“ gehörte in 14 Mitgliedstaaten zu den drei meistgenannten Branchen, wobei diese niemals vom größten Anteil der Befragten ausgewählt wurde; 35 % der Belgier und 33 % der Zyprioten entschieden sich für diesen Sektor. Ähnliche Ergebnisse erzielte die Branche „**Verkehrsdienstleistungen**“, welche in zehn Ländern zu den meistgenannten Sektoren gehörte, sowie die Branche **Finanzdienstleistungen**, welche in sieben Ländern zu den drei meistgewählten Sektoren zählte. Der „**Lebensmittelvertrieb**“ gehörte nur in drei Ländern zu den am häufigsten genannten Branchen: Rumänien (25 %), Litauen (30 %) und Frankreich (32 %).

## Sektoren, in denen fehlender Wettbewerb am häufigsten Probleme für die Konsumenten verursacht (Top-3 Nennungen, „erstens“ & „zweitens“ addiert)



„Telekommunikation und Internet“ wurde am häufigsten von jungen Menschen als ein Sektor ausgewählt, in dem ein Mangel an Wettbewerb Probleme für den Verbraucher verursacht. 26 % der 15- bis 24-jährigen entschieden sich für diese Branche (*entweder als erste oder als zweite Auswahl*), doch dieser Anteil fiel für die über 54-jährigen auf 17 % ab.

Darüber hinaus wurden noch andere Unterschiede zwischen Altersgruppen festgestellt: Der Energiesektor wurde am häufigsten von 25- bis 54-jährigen ausgewählt (48 % vs. 36 % bis 41 % der anderen Altersgruppen), Finanzdienstleistungen von 40- bis 54-jährigen (21 % vs. 15 % bis 17 % der anderen Altersgruppen), Verkehrsdienstleistungen von 15- bis 39-jährigen (25 % bis 26 % vs. 13 % bis 19 % der älteren Befragten) und der Sektor „Pharmazeutische Produkte“ von Befragten im Alter von 40 Jahren und älter (27 % bis 28 % vs. 21 % bis 23 % der jüngeren Befragten).

Über 54-jährige, Teilnehmer mit dem niedrigsten Ausbildungsniveau und Befragte ohne Beschäftigung antworteten eher mit „Weiß nicht“, wenn sie einen ersten oder zweiten Sektor mit Wettbewerbsproblemen aufführen sollten (26 % bis 33 %).

Fünf Prozent der EU-Bürger gaben an, dass es **in den aufgeführten Branchen keinen Wettbewerbsmangel gäbe** oder dass ihrer Erfahrung nach ein **Mangel an Wettbewerb keine Probleme für den Verbraucher verursacht**. Weitere 9 % wählten nur einen Sektor als problematisch aus und waren der Meinung, dass es in den anderen in der Umfrage aufgelisteten Branchen keine Probleme gäbe. In Italien, in den Niederlanden und in Dänemark gaben mehr als ein Fünftel der Befragten ähnliche Antworten – d. h. es würde keine Probleme geben bzw. die Probleme würden nur in einem Sektor auftreten (30 %, 25 % bzw. 21 %).

### 3.2 Hauptprobleme in Sektoren mit Wettbewerbsmangel

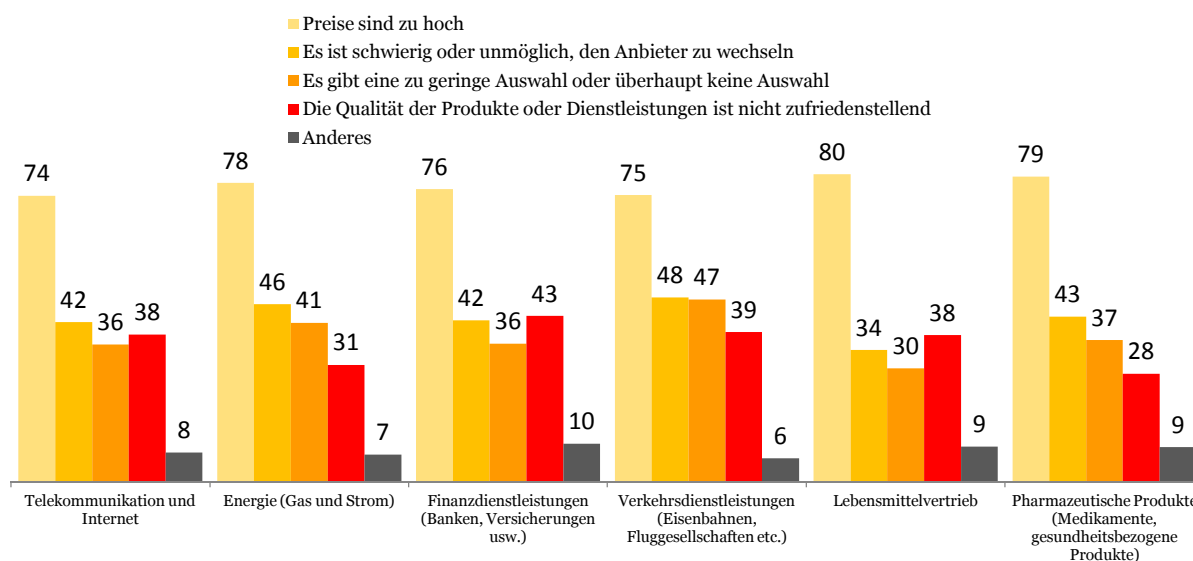
Die Befragten, die in dem entsprechenden Sektor einen Mangel an Wettbewerb festgestellt hatten, gaben sektorübergreifend am häufigsten an, dass die **Preise zu hoch** seien: Zwischen 74 % und 80 % nannten dieses Problem. Etwa die Hälfte der Umfrageteilnehmer (oder weniger) gaben ein anderes Problem an.

Für jede aufgeführte Branche (außer Lebensmittelvertrieb) antworteten mehr als 40 % der Befragten – die Wettbewerbsmangel in diesem Sektor erkannt hatten – dass das Hauptproblem die **Schwierigkeit oder Unmöglichkeit eines Anbieterwechsels** sei: Zwischen 42% und 48% nannten dieses Problem.

In Hinblick auf den Lebensmittelvertrieb benannten 38 % der Befragten **unzufriedenstellende Qualität der Produkte oder Dienstleistungen** als das Hauptproblem – eine Zahl, die den Ergebnissen für „Telekommunikation und Internet“ (38 %), Verkehrsdienstleistungen (39 %) und Finanzdienstleistungen (43 %) entspricht.

Beinahe die Hälfte der Umfrageteilnehmer (47 %), die der Meinung waren, dass es einen Wettbewerbsmangel im Verkehrsdienstleistungssektor gibt, wählte „**Zu geringe oder gar keine Auswahl**“ als Hauptproblem aus. Die entsprechenden Anteile für andere Sektoren mit Wettbewerbsmangel waren geringer und lagen zwischen 30 % und 41 %.

#### Hauptprobleme in Sektoren mit geringem Wettbewerb



Q4. Sie sagten gerade, dass in der folgenden Branche Unternehmen nicht ausreichend miteinander im Wettbewerb stehen: [erste Antwort aus Q3] Was ist in dieser Branche das Hauptproblem?

Q5. Sie sagten gerade, dass in der folgenden Branche Unternehmen nicht ausreichend miteinander im Wettbewerb stehen: [zweite Antwort aus Q3] Was ist das Hauptproblem?

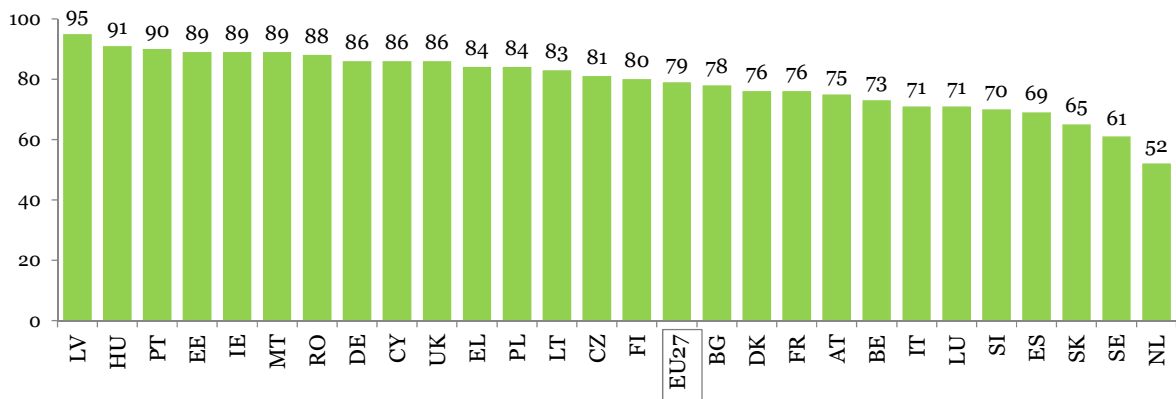
Basis: alle Befragten, % EU 27

Die Befragten, die einen Wettbewerbsmangel in einer spezifischen Branche festgestellt hatten, wählten sektor- und länderübergreifend am ehesten **zu hohe Preise** als ihr Hauptproblem aus. Dennoch konnten Unterschiede bei den Anteilen von Befragten in jedem Land erkannt werden, die diese Antwort ausgewählt hatten.

In mehr als der Hälfte der Mitgliedstaaten (15 von 27) gaben beispielsweise mindestens 8 von 10 Umfrageteilnehmern – die einen Mangel an Wettbewerb im Sektor „**Pharmazeutische Produkte**“ (Medikamente, Gesundheitsprodukte) erkannt hatten – hohe **Preise** als Hauptproblem an. Die Niederlande hoben sich dabei ab mit nur 52 % der Befragten, die diese Antwort auswählten.

Hauptprobleme im Sektor Pharmazeutische Produkte:

**Preise sind zu hoch**



Q4. Sie sagten gerade, dass in der folgenden Branche Unternehmen nicht ausreichend miteinander im Wettbewerb stehen: Pharmazeutische Produkte. Was ist in dieser Branche das Hauptproblem?

Q5. Sie sagten gerade, dass in der folgenden Branche Unternehmen nicht ausreichend miteinander im Wettbewerb stehen: Pharmazeutische Produkte. Was ist das Hauptproblem?

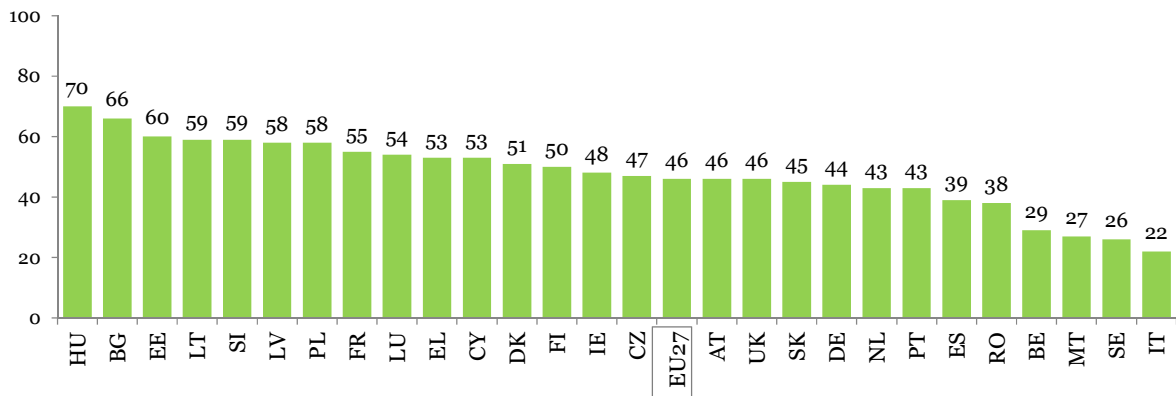
Basis: alle Befragten, % pro Land

Auch für die anderen Antwortoptionen konnte eine große Abweichung zwischen den Ländern beobachtet werden. Während beispielsweise nur 15 % der Litauer das Hauptproblem im Verkehrsdienstleistungssektor in der unzufriedenstellenden Qualität von Produkten und Dienstleistungen sahen, lag dieser Anteil in Ungarn mehr als vier Mal so hoch (65 %).

Ähnlich lag der Anteil der Befragten, die das Hauptproblem in der Schwierigkeit bzw. Unmöglichkeit eines Anbieterwechsels im Energiesektor sehen, zwischen weniger als 3 von 10 Teilnehmern in Italien, Schweden, Malta und Belgien (zwischen 22 % und 29 %) und zwei Drittel und mehr in Bulgarien und Ungarn (66 % bzw. 70 %).

Hauptprobleme im Energiesektor:

**Es ist schwierig oder unmöglich, den Anbieter zu wechseln**



Q4. Sie sagten gerade, dass in der folgenden Branche Unternehmen nicht ausreichend miteinander im Wettbewerb stehen: Energie. Was ist in dieser Branche das Hauptproblem?

Q5. Sie sagten gerade, dass in der folgenden Branche Unternehmen nicht ausreichend miteinander im Wettbewerb stehen: Energie. Was ist das Hauptproblem?

Basis: alle Befragten, % pro Land

Eine detailliertere Betrachtung des Anteils von Befragten, die andere als die aufgeführten Probleme nannten, für jede Branche hat gezeigt, dass die dänischen Umfrageteilnehmer am ehesten ein „anderes“ Problem als das Hauptproblem betrachten. 20 % der Dänen wählten beispielsweise diese Antwort für den Lebensmittelvertrieb und 32 % für den Finanzdienstleistungssektor aus.

In allen Sektoren und soziodemografischen Gruppen wählten die Befragten, die einen Wettbewerbsmangel in einer spezifischen Branche festgestellt hatten, am ehesten zu hohe Preise als Hauptproblem aus. Dennoch konnten Unterschiede bei den Anteilen von Befragten in jedem soziodemografischen Segment erkannt werden, die diese Antwort ausgewählt hatten.



Eine Analyse des beruflichen Statuts der Umfrageteilnehmer, nach deren Meinung ein Mangel an Wettbewerb im Lebensmittelvertrieb besteht, hat gezeigt, dass Arbeiter am ehesten der Ansicht sind, dass die Preise zu hoch seien (88 %), und Selbständige am wenigsten diese Ansicht vertreten (74 %).

Beim Vergleich der Antworten von verschiedenen soziodemografischen Gruppen für jeden Sektor haben die Daten nur wenige durchgängige Muster ergeben. Dennoch hat sich gezeigt, dass die Teilnehmer mit dem geringsten Bildungsstand jedes Mal mit höherer Wahrscheinlichkeit als ihre Pendants mit einem höheren Bildungsstand angaben, dass (zu) hohe Preise das Hauptproblem seien. Letztgenannte haben sich eher für eine andere Art von Problem entschieden.

Zum Beispiel wählten 85 % der Umfrageteilnehmer mit dem niedrigsten Bildungsstand im Vergleich zu 74 % der Befragten mit dem höchsten Bildungsstand hohe Preise im Energiesektor aus. Etwa ein Drittel der Letztgenannten empfand es jedoch als schwierig, den Anbieter zu wechseln (53 % vs. 40 % der Befragten mit dem niedrigsten Bildungsstand), etwas weniger als die Hälfte meinte, es gäbe nicht genügend Auswahl (47 % vs. 31 %), und knapp über die Hälfte war unzufrieden mit der Qualität von Produkten und Dienstleistungen (34 % vs. 27 %).